

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Marcus Klein (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Bürgerbeteiligung bei Fusionen von Verbandsgemeinden

Die **Kleine Anfrage 3367** vom 7. Mai 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit hält die Landesregierung an der Aussage fest, wonach eine Bürgerbeteiligung bei kommunalen Gebietsänderungen positiv gesehen wird (siehe z. B. Drucksache 16/4001 und 16/4414)?
2. In welcher Weise kann eine Bürgerbeteiligung, insbesondere auch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, in einer betroffenen Verbandsgemeinde und/oder in den einzelnen angehörigen Ortsgemeinden durchgeführt werden?
3. Inwieweit und unter welchen Voraussetzungen kann die (grundsätzliche Ausrichtung der) Stellungnahme der Verbandsgemeinde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens (Anhörung der Verbandsgemeinde) Gegenstand eines Bürgerentscheids sein?
4. Unter welchen Voraussetzungen ist ein kassatorischer Bürgerbescheid zulässig, der die Abänderung eines Beschlusses des Verbandsgemeinderats zu einer kommunalen Gebietsänderung, insbesondere auch zur grundsätzlichen Positionierung zu einer Gebietsänderungsoption, zum Ziel hat?
5. Welche Bürgerentscheide zu kommunalen Gebietsänderungen wurden in den letzten fünf Jahren im Land durchgeführt?
6. Welche Relevanz misst die Landesregierung der Stellungnahme einer Verbandsgemeinde zu, die im Wege eines Bürgerentscheids mitbestimmt wurde?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. Mai 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur (ISIM) sieht nach wie vor eine Bürgerbeteiligung zu einer kommunalen Gebietsänderung positiv. Bei dem Ergebnis einer solchen Bürgerbeteiligung handelt es sich um einen Belang, der in den Abwägungsprozess zu einer kommunalen Gebietsänderung einbezogen wird.

Zu Frage 2:

Eine Bürgerbeteiligung zu einer kommunalen Gebietsänderung kann in einer Verbandsgemeinde oder in einer ihrer Ortsgemeinden in verschiedenen Formen und in unterschiedlicher Art und Weise durchgeführt werden. Zu den möglichen Formen einer Bürgerbeteiligung gehören beispielsweise eine Bürgerbefragung und ein Bürgerentscheid auf der Basis eines Gemeinde- oder Verbandsgemeinderatsbeschlusses oder auf der Basis eines Bürgerbegehrens. Regelungen zu einem Bürgerbegehren und einem Bürgerentscheid in einer Gemeinde oder Verbandsgemeinde enthält § 17 a der Gemeindeordnung (GemO).

Zu den Fragen 3 und 6:

Die Gebietsänderung einer Verbandsgemeinde wird durch einen Rechtsakt des Landes geregelt. Eine betroffene Verbandsgemeinde hat die Möglichkeit, sich zur Gebietsänderung in der Form einer Stellungnahme zu positionieren. Gegenstand eines Bürgerbegehrens und eines Bürgerentscheids kann eine solche Positionierung der Verbandsgemeinde sein. Im Hinblick darauf, dass das Land über die Gebietsänderung einer Verbandsgemeinde entscheidet, kommt für ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid die Frage, ob eine Verbandsgemeinde in ihrem Gebietsstand geändert werden soll, nicht in Betracht. Dagegen ist bei einem Bürgerbegehren und einem Bürgerentscheid beispielsweise die Frage, ob eine Verbandsgemeinde mit einer bestimmten Nachbarverbandsgemeinde zusammengeschlossen werden soll, zulässig.

Die auf einem Bürgerentscheid basierende Stellungnahme einer Verbandsgemeinde zu einer Gebietsänderung fließt als ein Belang in den Abwägungsprozess ein.

Zu Frage 4:

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen für ein kassatorisches Bürgerbegehren und einen kassatorischen Bürgerentscheid zu einer kommunalen Gebietsänderung ergeben sich ebenfalls aus § 17 a GemO. Wie § 17 a Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 1 GemO regelt, ist ein kassatorisches Bürgerbegehren, das sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats oder Verbandsgemeinderats richtet, innerhalb von vier Monaten nach der Beschlussfassung bei der Gemeindeverwaltung oder Verbandsgemeindeverwaltung einzureichen.

Zu Frage 5:

Die nach den Ergebnissen einer Umfrage des ISIM in den vergangenen fünf Jahren durchgeführten Bürgerentscheide zu kommunalen Gebietsänderungen sind in der beigefügten Übersicht aufgelistet (Anlage).

Roger Lewentz
Staatsminister

Anlage

**Bürgerentscheide zu kommunalen Gebietsänderungen in Rheinland-Pfalz
in den vergangenen fünf Jahren**

Datum des Bürgerentscheids	Gebiet des Bürgerentscheids
25. März 2012	Ortsgemeinde Hallschlag, Verbandsgemeinde Obere Kyll
25. März 2012	Ortsgemeinde Ormont, Verbandsgemeinde Obere Kyll
25. März 2012	Ortsgemeinde Reuth, Verbandsgemeinde Obere Kyll
25. März 2012	Ortsgemeinde Scheid, Verbandsgemeinde Obere Kyll
6. Mai 2012	Ortsgemeinde Kerschenbach, Verbandsgemeinde Obere Kyll
6. Mai 2012	Ortsgemeinde Stadtkyll, Verbandsgemeinde Obere Kyll
22. September 2013	Ortsgemeinde Steffeln, Verbandsgemeinde Obere Kyll
8. Februar 2015	Ortsgemeinde Gönnersdorf, Verbandsgemeinde Obere Kyll
28. April 2013	Verbandsgemeinde Irrel
26. Mai 2013	Verbandsgemeinde Kröv-Bausendorf
22. September 2013	Verbandsgemeinde Wittlich-Land
1. April 2012	Ortsgemeinde Malborn, Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
22. April 2012	Ortsgemeinde Büdlich, Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
6. Mai 2012	Ortsgemeinde Neunkirchen, Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
10. Juni 2012	Ortsgemeinde Heidenburg, Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
8. Juli 2012	Ortsgemeinde Lahr, Verbandsgemeinde Treis-Karden
8. Juli 2012	Ortsgemeinde Mörsdorf, Verbandsgemeinde Treis-Karden
8. Juli 2012	Ortsgemeinde Zilshausen, Verbandsgemeinde Treis-Karden
13. Januar 2013	Verbandsgemeinde Bad Kreuznach
17. Juni 2012	Ortsgemeinde Heidesheim am Rhein, Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein
23. September 2012	Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel
4. November 2012	Verbandsgemeinde Guntersblum
11. März 2012	Verbandsfreie Stadt Osthofen
26. August 2012	Ortsgemeinde Kleinniedesheim, Verbandsgemeinde Heßheim
26. August 2012	Verbandsfreie Gemeinde Limburgerhof
24. Februar 2013	Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn
18. Dezember 2011	Ortsgemeinde Stelzenberg, Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd
8. Februar 2015	Ortsgemeinde Schopp, Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd

